

An alle
Mitglieder des

Integrationsrates

nachrichtlich
an alle Stadtverordneten

**Einladung zur Sitzung des
Integrationsrates**

NR. 2024/0

Sitzungstermin **Mittwoch, 20.03.2024, 18:00 Uhr**
Sitzungsort **Sitzungssaal B, 5. OG
Kölner Straße 176
53840 Troisdorf**

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

Niederschrift

- | | | |
|-----|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------|
| 1 | Billigung der Niederschrift | 2024/0011 |
| 2 | Mitteilungen | |
| 2.1 | Vergabe des Förderpreises für Integration | 2024/0266 |
| 2.2 | Haushalt 2024 | 2024/0010 |
| 2.3 | Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts | 2024/0268 |
| 2.4 | Sachstandsbericht KIM | 2024/0271 |
| 3 | Anfragen der Fraktionen | |
| 3.1 | Anfrage Der Fraktion GRÜNE im Rat der Stadt Troisdorf; hier:
Ausländerbehörde als Anlaufstelle für Menschen mit
internationaler Familiengeschichte | 2024/0210 |
| 4 | Anfragen der Ausschussmitglieder | |
| 5 | Bericht der Delegierten des Integrationsrates von den Sitzungen
der überregionalen Gremien | 2024/0013 |

II. Nichtöffentlicher Teil

6 Mitteilungen

7 Anfragen der Fraktionen

8 Anfragen der Ausschussmitglieder

Oguzhan Aytac
Vorsitzende/r

Stadt Troisdorf
Der Bürgermeister
Az: IV / 50.4 vdWA

Datum: 02.01.2024

Vorlage, DS-Nr. 2024/0011

öffentlich

Beratungsfolge	Sitzung am:	Ja	Nein	Enth.
Integrationsrat	20.03.2024			

Betreff: Billigung der Niederschrift

Beschlussentwurf:

Der Integrationsrat billigt die Niederschrift seiner Sitzung vom 14.12.2023.

Sachdarstellung:

Zur Billigung steht die Niederschrift über die Sitzung des Integrationsrates vom 14.12.2023. Einwendungen sind spätestens zu Protokoll dieser Sitzung zu erklären. Über Änderungen entscheidet der Integrationsrat.

In Vertretung

Tanja Gaspers
Erste Beigeordnete

Stadt Troisdorf
Der Bürgermeister
Az: IV / 50.4 Am

Datum: 12.03.2024

Vorlage, DS-Nr. 2024/0266

öffentlich

Beratungsfolge	Sitzung am:	Ja	Nein	Enth.
Integrationsrat	20.03.2024			

Betreff: Vergabe des Förderpreises für Integration

Beschlussentwurf:

Der Integrationsrat nimmt die Vergabe des ersten Förderpreises für Integration an das Team Haus Oberlar und die Vergabe des zweiten Förderpreises für Integration an Freifunk Rhein-Sieg e.V. zur Kenntnis und würdigt das Engagement der ausgezeichneten Preisträger im Bereich der Integration.

Sachdarstellung:

Der Integrationsrat hat in seiner Sitzung vom 10.06.2021 die Vergabe eines Förderpreises für Integration beschlossen. Die Verwaltung hat für die Vergabe des Förderpreises für das Jahr 2023 über die Medien, sowie durch Briefe an Troisdorfer Schulen und Migrantenselbstorganisationen, zu Vorschlägen aufgerufen. Die Jury, bestehend aus dem Bürgermeister Alexander Biber, der Ersten Beigeordneten Tanja Gaspers und der Amtsleiterin des Amtes für Wohnen, Soziales und Integration, Ulrike Hanke, berieten gem. Punkt 6 der Richtlinien über die Vergabe des Förderpreises für Integration und vergeben den ersten Preis mit einem Preisgeld in Höhe von 750,00 EUR an das Team Haus Oberlar und den zweiten Preis mit einem Preisgeld von 250,00 EUR an den Freifunk Rhein-Sieg e.V.

In Vertretung

Tanja Gaspers
Erste Beigeordnete

Stadt Troisdorf
Der Bürgermeister
Az: IV / 50.4 vdWA

Datum: 02.01.2024

Vorlage, DS-Nr. 2024/0010

öffentlich

Beratungsfolge	Sitzung am:	Ja	Nein	Enth.
Integrationsrat	20.03.2024			

Betreff: Haushalt 2024

Beschlussentwurf:

Der Integrationsrat nimmt zur Kenntnis, dass das Budget des Integrationsrates im Jahr 2024 insgesamt 5.000,00 Euro beträgt.

Sachdarstellung:

Die Verwaltung hat im Haushaltsplan 2024 ein Budget in Höhe von 5.000,00 EUR zur freien Verwendung für den Integrationsrat etatisiert. Diese Summe steht dem Gremium vorbehaltlich der Beschlussfassung im Rat am 05.03.2024 zur Verfügung.

In Vertretung

Tanja Gaspers
Erste Beigeordnete

Stadt Troisdorf
Der Bürgermeister
Az: IV/50.4 Am

Datum: 12.03.2024

Mitteilungsvorlage, DS-Nr. 2024/0268

öffentlich

Beratungsfolge	Sitzung am:	Ja	Nein	Enth.
Integrationsrat	20.03.2024			

Betreff: Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts

Mitteilungstext:

Das Bundeskabinett hat den BMI-Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts beschlossen. Damit setzt die Bundesregierung ein zentrales Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag um. Tritt das Gesetz in Kraft, werden Einbürgerungen in Deutschland deutlich früher möglich als bisher. Auch die Mehrstaatigkeit wird möglich. Ausländische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die in Deutschland leben, sollen ihre Einbürgerung deutlich früher beantragen können: Bereits nach fünf Jahren, statt bisher acht. Wer besonders gut integriert ist, kann sogar schon nach drei Jahren eingebürgert werden. Herr Schonauer, Sachgebietsleiter der Ausländerbehörde der Stadt Troisdorf, stellt die wichtigsten Änderungen der Novellierung des Staatsangehörigkeitsgesetzes vor.

In Vertretung

Tanja Gaspers
Erste Beigeordnete

Stadt Troisdorf
Der Bürgermeister
Az: IV/50.4 -Am

Datum: 13.03.2024

Mitteilungsvorlage, DS-Nr. 2024/0271

öffentlich

Beratungsfolge	Sitzung am:	Ja	Nein	Enth.
----------------	-------------	----	------	-------

Betreff: Sachstandsbericht KIM

Mitteilungstext:

Nach seiner Implementierung Ende 2021 konnte das Kommunale Integrationsmanagement (KIM) erfolgreich in die Verwaltungsstrukturen der Stadt Troisdorf integriert werden. Die zuständige Koordinatorin des KIMs, Anya Delen, stellt die neusten Entwicklungen im Rahmen des KIMs des vergangenen Jahres vor.

In Vertretung

Tanja Gaspers
Erste Beigeordnete

Anfrage, DS-Nr. 2024/0210

öffentlich

Beratungsfolge	Sitzung am:	Ja	Nein	Enth.
Integrationsrat	20.03.2024			

Betreff: Anfrage Der Fraktion GRÜNE im Rat der Stadt Troisdorf; hier:
Ausländerbehörde als Anlaufstelle für Menschen mit internationaler
Familiengeschichte

Sachdarstellung:

Zu 1.

Aktuell sind nicht alle Stellen in der Ausländerbehörde der Stadt Troisdorf besetzt.

Zu 2.

Die aktuelle Vakanz konnte aufgrund der Wechselfrist aus einer anderen Behörde noch nicht besetzt werden.

Zu 3.

Die Einstellungskriterien sind unterschiedlich je nach Stellenprofil und gehen aus den jeweiligen Ausschreibungen hervor. So wurden die zum 01.04.2024 vakant werdenden Stellen bereits ausgeschrieben, die Ausschreibungsfrist endete am 09.02.2024. Erforderlich für die ausgeschriebenen Stellen ist die abgeschlossene Ausbildung als Verwaltungsfachangestellte*r/Verwaltungslehrgang I oder die Befähigung für die Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt des allgemeinen nichttechnischen Verwaltungsdienstes. Daneben sind Zuverlässigkeit, Flexibilität, Belastbarkeit, interkulturelle Kompetenz, Kommunikations- und Teamfähigkeit sowie eine eigenverantwortliche, qualitäts- und dienstleistungsorientierte Arbeitsweise gefordert.

Zu 4.

- 4.1 Termine können über das neu eingeführte Termintool oder telefonisch vereinbart werden.
- 4.2 Vorsprachen ohne Termin sind unter Inkaufnahme von Wartezeiten möglich. Hierfür gibt es Zeitfenster.
- 4.3 Die Ausländerbehörde ist telefonisch erreichbar, sowohl unter den bekannten Telefonnummern der Sachbearbeiter*innen als auch über das Call-Center oder über entsprechende Rückruftickets. Allerdings ist es aufgrund der Vielzahl der Anrufenden (ca. 450 Anrufe täglich) nicht möglich, jeden Anruf entgegen zu nehmen oder jeden Anrufer zurückzurufen, da dies dazu führen würde, dass die Anliegen der Antragstellenden nicht mehr bearbeitet werden könnten.

Neben der telefonischen Erreichbarkeit können die Anliegen zwischenzeitlich auch online beantragt werden. Die Online-Beantragung erleichtert die späteren Vorsprachentermine, da dann im Vorfeld bereits eine Prüfung der Unterlagen erfolgen kann, so dass die Terminvorsprachen einerseits reduziert werden und zum Anderen bei Erforderlichkeit besser vorbereitet sind.

Zu 5.

Die durchschnittliche Bearbeitungszeit liegt aufgrund des hohen Antragsaufkommens derzeit bei 3-4 Monaten im allgemeinen Bereich, bei 12 Monaten im Einbürgerungsbereich.

In Vertretung

Tanja Gaspers
Erste Beigeordnete

Herrn Bürgermeister
Alexander Biber

im Hause

Integrationsrat am 20.03.24
Hier: Anfragen



15.02.2024

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Sehr geehrter Herr Vorsitzender des Integrationsrates,

die Ausländerbehörden sind wichtige Anlaufstellen für Menschen mit internationaler Familiengeschichte, insbesondere für Ausländerinnen und Ausländer. Von einer guten Erreichbarkeit der Behörden und einer schnellen Bearbeitung der Anliegen hängen mitunter existentielle Fragen der sogenannten „Kund*innen“ ab.

Wir bitten daher um Beantwortung folgender Fragen in der kommenden Integrationsratssitzung am 20.03.2024:

1. Sind derzeit alle Stellen in der Ausländerbehörde der Stadt Troisdorf besetzt?
2. Wenn nein, welche Gründe liegen nach Einschätzung der Verwaltung dafür vor?
3. Welche Einstellungskriterien müssen Bewerber*innen erfüllen (bitte Stellenanforderungen benennen)?
4. Wie gestaltet sich die Erreichbarkeit der Behörde?
 - 4.1. Auf welchem Weg können Termine zur persönlichen Vorsprache vereinbart werden und wie lang ist die durchschnittliche Wartezeit bis zum Termin?
 - 4.2. Ist die Vorsprache ohne Termin möglich? Gibt es hierfür Zeitfenster?
 - 4.3. Ist die Behörde telefonisch für Kund*innen zu erreichen? Wenn ja, in welchem Zeitraum?
5. Wie lange dauert die durchschnittliche Bearbeitung von Anträgen?

Begründung:

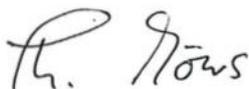
Die Arbeit der Ausländerbehörden steht schon seit geraumer Zeit in der Kritik. Bemängelt werden die langen Bearbeitungszeiträume, die schlechte Erreichbarkeit und der häufig abweisende Umgang mit den „Kund*innen“. Gerade für Menschen mit internationaler Familiengeschichte ist das ein unhaltbarer Zustand, denn sie sind von den Dienstleistungen der Ausländerbehörden in besonderer Weise abhängig. So sorgt die häufig katastrophale Situation in den Behörden dafür, dass z.B. über lange Zeiträume Stellen nicht angetreten werden, weil Beschäftigungserlaubnisse nicht ausgestellt werden, Verwandte im Ausland nicht besucht oder Aufenthaltstitel nicht ausgestellt werden können. Die betroffenen Personen befinden sich bei eingeschränkter Leistungsfähigkeit der Ausländerbehörden schnell in sehr belastenden Situationen, die starke Unsicherheit mit sich bringen und ihr ganzes Leben zum Stillstand bringen können. Das Aufrechterhalten der staatlichen Dienstleistungen der Ausländerbehörden ist daher unabdingbar.

Hinzu kommt, dass Ausländerbehörden auch wichtige Aufgaben einer funktionierenden Willkommenskultur übernehmen müssen. Als erste und wichtigste Anlaufstellen für Neueingewanderte und alle ausländerrechtlichen Angelegenheiten müssen die Behörden serviceorientiert ausgerichtet sein, sowie sich durch kultursensibles, Rassismus kritisches Arbeiten auszeichnen.

Menschen mit internationaler Familiengeschichte mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit bilden einen bedeutsamen Teil unserer Stadtgesellschaft. Sie bereichern unser Zusammenleben auf vielfältiger Weise und sollten die gleiche Wertschätzung erfahren wie andere Einwohner*innen auch. Die stark eingeschränkte Funktionsfähigkeit der Ausländerbehörde stellt für sie eine starke Belastung dar und lässt sie mit dem Gefühl zurück, Bürger*innen zweiter Klasse zu sein.

Es ist daher geboten, die Lage der Ausländerbehörde zu analysieren bzw. eine Organisationsuntersuchung durchzuführen und schnellstmöglich Maßnahmen zur Verbesserung der Situation auf den Weg zu bringen.

Freundliche Grüße



Thomas Möws

gez.
Erkan Zorlu

Rats-/ Ausschuss-/ Bürger-/ -antrag/-anfrage

- federführendes Dezernat/Amt IV/50
(Vorlagenersteller)
- sonstige beteiligte Dez./Ämter _____
(Stellungnahme an federführendes Amt)
- folgenden OE's z.K. B3 101
- Ausschuß/Rat (Schriftführung) Integrations R/SFS

Stadt Troisdorf
Der Bürgermeister
Az: IV / 50.4 vdWA

Datum: 02.01.2024

Vorlage, DS-Nr. 2024/0013

öffentlich

Beratungsfolge	Sitzung am:	Ja	Nein	Enth.
Integrationsrat	20.03.2024			

Betreff: Bericht der Delegierten des Integrationsrates von den Sitzungen der überregionalen Gremien

Beschlussentwurf:
Bericht der Delegierten des Integrationsrates von den Sitzungen der überregionalen Gremien.

Sachdarstellung:
An dieser Stelle soll den Delegierten des Integrationsrates Gelegenheit gegeben werden, den Integrationsrat über Sitzungen und Fachtagungen der überregionalen Gremien (z.B. des Landesintegrationsrates Nordrhein-Westfalen) zu informieren, die in der Zeitspanne zwischen zwei Integrationsratssitzungen stattfanden.

In Vertretung

Tanja Gaspers
Erste Beigeordnete